



N i e d e r s c h r i f t

über die 8. öffentliche Sitzung des Bau- und Umweltausschusses in der Wahlperiode 2023/2027 am 06.02.2025

Sitzungsraum: Ella Kappenberg Saal, Friedrich-Schiller-Haus
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:25 Uhr

Teilnehmer/innen:

Herr Stadtrat Schomaker
Herr Bürgermeister Neuhoff bis 17.20 Uhr
Frau Stadträtin Toense
Frau Stadträtin Kathe-Heppner
Herr Stadtrat Busch bis 16.30 Uhr

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Caloglu
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
Herr Stadtverordneter Ofcarek
Frau Stadtverordnete Ruser

CDU-Fraktion

Herr Stadtverordneter Önal
Herr Stadtverordneter Raschen
Herr Stadtverordneter Schott

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Herr Stadtverordneter Kaminiaz

BD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Stark

WfB-Fraktion

Herr Stadtverordneter Schäfer

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Miholic

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Koch

Die Linke - Einzelstadtverordneter Muhlis

Kocaaga

Herr Stadtverordneter Kocaaga

Entschuldigt:

Herr Stadtverordneter Allers
Herr Stadtverordneter Dr. Hammann
Frau Stadtverordnete Knorr

Unentschuldigt:

Frau Stadtverordnete Brand

Weitere Teilnehmer:

Baureferat:	Frau Braun, Frau Neumann-Gaida, Frau Gaab, Herr Jahnke
Stadtplanungsamt:	Frau Kountchev, Herr Rößler
Vermessungs- und Katasteramt:	Herr Kewes
Bauordnungsamt:	Herr Geywitz
Amt für Straßen- und Brückenbau:	Herr Wagener
Umweltschutzamt:	Herr Tecer
Gartenbauamt:	./.
Rechnungsprüfungsamt:	Frau Noormann
Personalrat Bauverwaltung und Gartenbauamt:	Herr Saß
Gesamtpersonalrat	Frau Hansing
Vertrauensperson der Schwerbehinderten:	Herr Neuhäuser
Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte	
Bereich Bauverwaltung:	Frau Rogge
Jugendklimarat:	./.
Jugendparlament:	./.
Migrationsrat:	Herr Demir

Herr Stadtrat Schomaker eröffnet auch im Namen von Herrn Bürgermeister Neuhoff, Frau Stadträtin Toense, Frau Stadträtin Kathe-Heppner und Herrn Stadtrat Busch die Sitzung und erklärt, dass die Einladung, Tagesordnung und Vorlagen fristgerecht versandt wurden.

STR Schomaker teilt mit, dass der STV Caloglu für STV Allers und die STV Ruser für den STV Dr. Hammann an der Sitzung teilnehmen. Des Weiteren nimmt die STV Knorr nicht an der Sitzung teil.

1. Einwohnerfragestunde

1.1. Einwohnerfrage von Herrn Hero Lang zum Thema: Stadtplanung - VI 12/2025 Bebauungsplan Nr. 493 Poggenbruchstraße/Weg 89

BM Neuhoff beantwortet die Einwohnerfrage wie folgt:

Frage:

Haben Sie Kenntnis von der Baugrund/Voruntersuchung OWS Gutachten vom 31.01.2020?
Erkenntnis: geringe Tragfähigkeit des Bodens, Grundwasser bei ca. 0,0-0,3 NHN

Antwort:

Das besagte Gutachten „Orientierende Baugrunduntersuchungen (Voruntersuchungen)“ der OWS Ingenieurgeologen vom 31.01.2020 ist der Stadtverwaltung bekannt. Die Beurteilung des Untergrundes wird in Kapitel 4 behandelt, wobei die Tragfähigkeit des nordwestlichen Teils (etwa 1/4 der Baufläche) mit "gut" und die Tragfähigkeit des südöstlichen Teils (etwa 3/4 der Baufläche) mit "sehr gering bis gering" eingestuft wird. Zwischen beiden Teilen befindet sich ein Übergangsbereich. In dem Bereich der "sehr geringen bis geringen" tragfähigen Schichten sind "besondere Gründungsmaßnahmen erforderlich". D. h. je nach Standort werden unterschiedliche Gründungen zur Ausführung kommen, die im Rahmen von detaillierten Baugrunderkundung zu erarbeiten sind.

Der Grundwasserstand wird in Kapitel 3.3 behandelt und wurde in der Zeit vom 08.01.2020 bis zum 10.01.2020 mit dem Kabellichtlot in den offenen Bohrlöchern über die gesamte Fläche zwischen ca. 0,4 m unter Geländeoberkante (GOK) und ca. 2,0 m unter GOK bzw. zwischen ca. 1,1 m Normalhöhennull und ca. -0,2 m Normalhöhennull angetroffen.

Frage:

Ist Ihnen bekannt, dass der Grundwasserstand im Süden der Stadt Bremerhaven, ermittelt 2022 vom GdFB Geologischer Dienst für Bremen, nach Beendigung der Wasserentnahme durch die SWB/Wesernetz, bis zu 1,36 m (2024 Eigenermittlung ca. 1,70 m) gestiegen ist? Erwartet waren mal 80 cm durch Gutachter?

Antwort:

Die hohen Grundwasserstände im Süden der Stadt Bremerhavens und der Wiederanstieg durch die Beendigung der Wasserentnahme durch die swb/Wesernetz sind der Stadtverwaltung bekannt.

Es wird vermutet, dass Sie – Herr Lang – hier eine Diskrepanz zwischen den Angaben des GDfB und dem hydrogeologischen Gutachten von der Ingenieurgesellschaft Dr. Schmidt, 9/2012 sehen. Der Grundwasseranstieg im Gutachten der Ingenieurgesellschaft Dr. Schmidt wurde in Abhängigkeit vom Standort angegeben. Im Bereich der ursprünglichen Brunnen wurde der Grundwasserwiederanstieg mit über 1,5 m angegeben, was im Bereich der Angaben des GDfB liegt und damit keine Diskrepanz vorliegt.

1.2. Einwohnerfrage von Herrn Hero Lang zum Thema: Magistrats-Umgang mit den Bürgern der Seestadt Bremerhaven, Artikel NZ vom 17.01.2025: Kritik an Entschädigung aus Hilfsfonds VI 13/2025

STR Toense beantwortet die Einwohnerfrage wie folgt:

Frage:

Ist es ab 2025 die neue Vorgehensweise des Magistrates den Bürger der Stadt Bremerhaven vor vollendete Tatsachen zu stellen und nicht wie mündlich vereinbart (letzte Sitzung im Umweltamt am 21.10.2024) vorab Mitgliedern der IG WasserWerkWulsdorf zu informieren?

Antwort:

In der gemeinsamen Sitzung mit der Interessensgemeinschaft Wasserwerk Wulsdorf am 21.10.2024 war die gemeinsame Aussage von Herrn Stadtrat Busch und mir, dass wir die Auszahlung der Entschädigung aus dem Hilfsfonds Wulsdorf nur mit allen Betroffenen gemeinsam besprechen werden, damit alle zum gleichen Zeitpunkt über das geplante Vorgehen informiert werden.

Frage:

Am 15.Jan.2025 wurde ein handverlesenes Schreiben des Hilfsfonds Wulsdorf zum Versand gebracht. Warum sind nicht alle informiert worden, die ein Gutachten zum Kellerzustands ihres Hauses haben durchführen lassen?

Antwort:

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am Mittwoch, dem 15. Januar 2025, beschlossen, die im Hilfsfonds Wulsdorf zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 577.000 Euro an die Eigentümerinnen und Eigentümer der betroffenen Immobilien auszuzahlen.

Infolge der sukzessiven Aufgabe der Grundwasserentnahme durch wesernetz Bremerhaven am ehemaligen Standort des Wasserwerks Bremerhaven-Wulsdorf bis zum Juni 2016 war das Grundwasser bis zum Sommer 2017 wieder auf seine ursprüngliche natürliche Höhe angestiegen. Daher wurde mit der Zustandsdokumentation 2017 die Betroffenheit final festgestellt und eine Betroffenheitsmatrix gutachterlich erarbeitet, nach der die Höhe der Zahlung im Einzelfall erfolgt.

An der Zustandsdokumentation haben auch einige Eigentümerinnen und Eigentümer teilgenommen bei deren Immobilien keine Schäden festgestellt wurden. Diese wurden nicht durch den Hilfsfonds Wulsdorf angeschrieben. Der Magistratsbeschluss umfasst diejenigen Eigentümerinnen und Eigentümer, bei denen in 2017 eine Betroffenheit gutachterlich festgestellt worden ist und deren Immobilie sich heute noch in ihrem Eigentum befindet. Lediglich in einigen wenigen Fällen findet aktuell noch eine Überprüfung der Eigentumsverhältnisse statt.

1.3. Einwohnerfrage von Frau Dr. Sabine Hanisch zum Thema: Deponie Grauer Wall VI 14/2025

STR Toense beantwortet die Einwohnerfrage wie folgt:

Frage:

Wie erklärt der Magistrat sein Vorgehen, auf Grundlage eines nicht genehmigten Protokolls unbewiesene Behauptungen zum Deponiebetrieb aufzustellen und dies den Stadtverordneten als Entscheidungsgrundlage vorzulegen?

Antwort:

Wie der Vorlage 82/2024 für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05.12.2024 zu entnehmen ist, beruht der Vorschlag des Magistrats zur Einstellung des Deponiebeirats nicht auf dem Protokoll der 9. Sitzung des Deponiebeirats. Vielmehr wurde dargelegt, dass innerhalb von 8 Jahren und 9 Sitzungen - trotz verschiedener externer Moderator:innen - die unüberbrückbaren Differenzen innerhalb des Deponiebeirats nicht beigelegt werden konnten und daher die Einstellung des Deponiebeirats vorgeschlagen worden ist.

Dieser Vorlage wurde durch die Stadtverordnetenversammlung mit großer Mehrheit, über zahlreiche Parteigrenzen hinweg, zugestimmt.

1. Zusatzfrage:

Warum wird behauptet, ein "behördliches Handeln wurde nicht notwendig", wenn die Gesetzeslage vorschreibt, dass das Umweltschutzamt bei Hinweisen auf Umweltverschmutzungen trotz eines Planfeststellungsbeschlusses tätig werden muss und jegliche Grundwasserverunreinigung zu unterbinden hat?

Antwort:

Wie bereits in der Vorlage 82/2024 für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05.12.2024 dargelegt, konnten in den vergangenen 8 Jahre keine Rechtsverstöße festgestellt werden. Sofern Auffälligkeiten vorlagen, wurden diese untersucht und konnten plausibel erklärt werden. Daher war ein behördliches Handeln nicht notwendig.

2. Zusatzfrage:

Wie lange noch will der Magistrat die Deponie, deren Genehmigung gegen geltendes Recht verstößt und damit als illegal angesehen werden kann, verteidigen und Gegengutachten mit Methoden unterdrücken, die eher an diktatorische Allüren denn an einen Rechtsstaat erinnern?

Antwort: Die Planfeststellungsbeschlüsse sind bestandskräftig. Eine im Rahmen des Änderungsplanfeststellungsbeschlusses geführte Klage hat weder Verfahrensfehler noch materielle Rechtsfehler festgestellt, so dass die Klage 2014 vor dem OVG Bremen als unbegründet abgewiesen worden ist. Die Planfeststellung verstößt nicht gegen geltendes Recht.

Erlauben Sie mir den Hinweis, dass genau diese Tonalität der Fragestellung deutlich aufzeigt, dass es an einem konstruktiven Miteinander fehlt - und das bereits seit dem Bestehen des Deponiebeirats. Damit zeigt sich, dass die Entscheidung zur Einstellung des Deponiebeirats richtig war.

**1.4. Mündliche Einwohnerfrage von Herrn Hero Lang zum Thema:
Grabensäuberung am Sportplatz BSC Grünhöfe**

Herr Hero Lang stellt folgende mündliche Einwohnerfrage:

Der westliche Graben am Sportplatz wurde ertüchtigt werden auch der Graben an der Auerstr. sowie der östliche Graben zu den Kleingärten hin wieder ertüchtigt ? Wie lange dauern noch die Reinigungsarbeiten am Niederschlagswasser-Kanal in der Auerstr. ? Zur Zeit wird das Wasser dort gestaut (Blase im Kanalrohr)

STR Busch beantwortet die Einwohnerfrage wie folgt:

Zu 1. Der westliche Graben am Sportplatz wurde ertüchtigt. Werden auch der Graben an der Auestraße sowie der östliche Graben zu den Kleingärten hin wieder ertüchtigt?

Ein Graben Auestraße ist nicht existent. Die Fläche ist stark bewachsen, u.a. mit Eichen, mit einem Durchmesser von über 1 Meter. Bei Anlage der Auestraße wurde der Wegeseiten-graben durch einen Kanal mit Sinkkästen ersetzt. Entwässerungsprobleme gibt es im unmittel-bar angrenzenden Einzugsgebiet nicht.

Der Umfang der Maßnahmen für den an der östlichen Grenze der Sportanlage Grünhöfe be-findliche Graben wird derzeit mit dem Umweltschutzamt abgestimmt und sodann umgesetzt.

Zu 2. Der Niederschlagswasserkanal Auestraße wurde gereinigt um eine routinemäßige Kamerabefahrung zur Zustandsbewertung durchzuführen. Die Arbeiten sind spätestens morgen abgeschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift

**2.1. Genehmigung der Niederschrift der 7. öffentlichen Sitzung des Bau- und
Umweltausschusses in der Wahlperiode 2023-2027 am 07.11.2024**

VI 1/2025

Wortmeldungen: Keine.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss genehmigt die Niederschrift der 7. öffentlichen Sitzung am 07.11.2024 in der vorgelegten Fassung.

Der Beschluss ergeht bei 3 Enthaltungen (STV Schäfer, Ruser, Caloglu).

3. Sachstandsbericht

3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GStVV

VI 3/2025

Wortmeldungen: BM Neuhoff, STR Schomaker, STV Kaminiarz, Herr Rößler, Herr Wagener.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den anliegenden Sachstandsbericht der letzten Sitzung zur Kenntnis.

4. Vorträge

4.1. Vortrag von Herrn Rößler (Stadtplanungsamt) zum Thema: Förderprojekt zur Erarbeitung eines strategischen Mobilitätsplanes für Bremerhaven

Wortmeldungen: BM Neuhoff, STV Kocaaga, Kaminiarz, Herr Rößler.

Herr Rößler erläutert mit Unterstützung einer Power Point Präsentation das Förderprojekt zur Erarbeitung eines strategischen Mobilitätsplanes für Bremerhaven. Der nachfolgende Link enthält die Leitlinien für nachhaltige urbane Mobilitätspläne:

https://nachhaltig-mobil-planen.de/SUMP/DE/SharedDoc/Downloads/materialien-sump-guidelines-2019.pdf?__blob=publicationFile

BM Neuhoff übernimmt den Vorsitz.

5. Vorlagen des Dezernats II

5.1. 22. Änderung des Flächennutzungsplanes "Poggenbruchstraße / Weg 89" II 1/2025 Feststellungsbeschluss

Wortmeldungen: Keine.

Beschluss:

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, nachstehende Beschlüsse zu fassen:

1. Die zum Entwurf der 22. Flächennutzungsplanänderung „Poggenbruchstraße / Weg 89“ eingegangenen Stellungnahmen und die daraus abgeleiteten Beschlussvorschläge werden so berücksichtigt, wie es in der **Anlage 3** dargestellt ist.
2. Die 22. Flächennutzungsplanänderung „Poggenbruchstraße / Weg 89“ wird gemäß § 5 BauGB als Feststellung beschlossen und die Begründung gebilligt.

Der Beschluss ergeht bei 10 Ja-Stimmen (STV Caloglu, Kirschstein-Klingner, Ruser, Ofcarek, Schäfer, Raschen, Schott, Önal, Miholic, Stark), 1 Gegenstimme (STV Kaminiarz) und 1 Enthaltung (STV Koch).

5.2. Bebauungsplan Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ II 3/2025 Satzungsbeschluss

Wortmeldungen: STV Kaminiarz, Raschen, Miholic, Kocaaga.

Beschluss:

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, nachstehende Beschlüsse zu fassen:

1. Über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs 2 BauGB und der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 493 „Poggenbruchstraße „ Weg 89“ eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend der in dieser Vorlage beigefügten Aufstellung (Anlage 3) beschlossen.
2. Der Bebauungsplan Nr. 493 „Poggenbruchstraße / Weg 89“ wird gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt.

Der Beschluss ergeht bei 11 Ja-Stimmen (STV Ofcarek, Caloglu, Kirschstein-Klingner, Ruser, Önal, Raschen, Schott, Stark, Schäfer, Miholic, Koch) und 1 Gegenstimme (STV Kaminiarz).

**5.3. 16. Änderung des Flächennutzungsplanes
"Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft"
Änderung der Planungsgrundlagen**

II 2/2025

Wortmeldungen: Keine.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass die Verfahrensschritte „Öffentliche Auslegung gem. § 3 (2) BauGB“ und „Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB“ unter den geänderten Planungsgrundlagen durchgeführt werden.

Der Beschluss ergeht bei 9 Ja-Stimmen (STV Kirschstein-Klingner, Ofcarek, Ruser, Caloglu, Raschen, Schott, Önal, Kaminiarz, Miholic), 2 Gegenstimmen (STV Schäfer, Koch) und 1 Enthaltung (STV Stark).

STR Toense übernimmt den Vorsitz.

6. Vorlagen des Dezernates V

6.1. Hitzeaktionsplan Bremen – Bremerhaven

V 5/2024

Wortmeldungen: STV Kaminiarz, Kocaaga.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den Magistratsbeschluss V/29/2024-1 vom 09.10.2024 und den Hitzeaktionsplan Bremen – Bremerhaven zur Kenntnis.

**6.2. Strategische Wärmeplanung Bremerhaven | EU Interreg Ostsee-Programm
Projekt Plan-Heat – Senatsbeschluss zur Finanzierung 2025 bis 2028**

V 1/2025 - 1

Wortmeldungen: Keine.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss begrüßt Bremerhavens Lead Partner Rolle im PlanHeat – Projekt als substanziellen und finanzieller Beitrag zur Umsetzung des Handlungsschwerpunktes Wärmeversorgung des kommunalen Klimaschutzaktionsplans der Klimaschutzstrategie des Landes Bremen 2038 sowie den Senatsbeschluss zur Finanzierung der Wärmeplanung auf kommunaler Ebene.

Der Bau- und Umweltausschuss befürwortet die vollständig aus Drittmitteln finanzierte Einrichtung von zwei befristeten Vollzeitstellen (2025 – 2028), anzusiedeln beim Umweltschutzamt Bremerhaven.

Der Bau- und Umweltausschuss bittet den Personal- und Organisationsausschuss einem entsprechenden überplanmäßigen Bedarf zuzustimmen.

Der Beschluss ergeht bei 10 Ja-Stimmen (STV Raschen, Schott, Önal, Ofcarek, Caloglu, Kirschstein-Klingner, Ruser, Kaminiarz, Miholic, Stark), 2 Gegenstimmen (STV Schäfer, Koch)

**6.3. Antrag auf Änderung des Stellenplans für das Projektmanagement
Klimaanpassung**

V 3/2025

Wortmeldungen: STR Toense, STV Kocaaga, Kaminiarz.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss begrüßt den Anschluss-Antrag „Klimaanpassungsmanagement“ und stimmt einer Aufstockung der im Stellenplan 2025 mit 1 VZÄ EG 12 berücksichtigten Projektsteuerung auf 1,5 VZÄ EG 12 für einen überplanmäßigen Bedarf bis 30. April 2028 zu. Der Personal- und Organisationsausschuss wird gebeten gleichlautend zu beschließen.

Der Beschluss ergeht bei 9 Ja-Stimmen (STV Ofcarek, Kirschstein-Klingner, Ruser, Caloglu, Kaminiarz, Miholic, Raschen, Schott, Önal) und 3 Gegenstimmen (STV Koch, Schäfer, Stark).

STR Schomaker übernimmt den Vorsitz.

7. Vorlagen des Dezernates VI

7.1. BremÖPNVG: Verwendung der Zuwendungen 2025

VI 6/2025 - 1

Wortmeldungen: STR Schomaker, STV Kocaaga, Raschen.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt davon Kenntnis, dass die Landesfinanzhilfen nach dem BremÖPNVG auch im Jahr 2025 zur Fortsetzung der seit mehreren Haushaltsjahren kontinuierlichen Weiterentwicklung und Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs eingesetzt werden. Nach Abstimmung mit der VGB Bremerhaven ist eine Verwendung der Zuwendungen nach dem BremÖPNVG wie folgt vorgesehen:

1. Umgestaltung barrierefreie Bushaltestellen:	800.000 €
2. Erneuerung und Beschaffung Warthallen/-häuser	60.000 €
3. Beschaffung Niederflurfahrzeuge/Linienbusse:	2.500.000 €
4. Ausstattungsbedarfe Busse	35.560 €
5. Planungskosten Haltestellen	70.000 €
6. Projekt Strategischer Mobilitätsplan	26.740 €
7. Zuweisung an den ZVBN	
(§ 6 Abs. 1 Ziffer 2 Verbandssatzung ZVBN):	155.120 €
8. Ausgleichszahlung an VBN	
(Nichtanpassung des VBN-Tarifes)	287.247 €

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

7.2. Mobilitätsstation Große Kirche – Überdachung der Mobilitätsstation

VI 7/2025

Wortmeldungen: Keine.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die beigefügte Magistratsvorlage Nr. VI/45/2024 zur Kenntnis.

7.3. Betriebsführung der öffentlichen Straßenbeleuchtung in der Stadt Bremerhaven durch die enercity Contracting GmbH, Hannover Bericht zur Umsetzung des Straßenbenutzungsvertrages, Berichtszeitraum 2023 (01.01.2023 – 31.12.2023)

VI 8/2025

Wortmeldungen: Keine.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die beigefügte Magistratsvorlage Nr. VI/37/2024 zur Kenntnis. Der Bericht über die Betriebsführung der öffentlichen Straßenbeleuchtung im Jahr 2024 wird dem Bau- und Umweltausschuss umgehend nach Vorlage und Beteiligung des Magistrats vorgelegt. Eine Darstellung der Kostenentwicklung aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen erfolgt im ersten Halbjahr 2025.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

7.4. Technische Erneuerung von „Senkelektanten“ im Bereich der Innenstadt zur Sicherstellung der Stromversorgung in der Bürgermeister-Smidt-Straße, Bereich Große Kirche **VI 10/2025**

Wortmeldungen: Keine.

Beschluss:

Der Bau- und Umweltausschuss beschließt, dass das Amt für Straßen- und Brückenbau zur Vermeidung weiterer technischen Probleme durch Verschmutzung und Wassereintritt sowie zur Reduzierung des hohen Wartungsaufwandes, den Ersatz der im Bereich der Großen Kirche vorhandenen Senkelektanten durch oberirdische Stromverteiler an geeigneter Stelle veranlasst. Vorrangig werden hierbei zunächst die u. a. für den Wochenmarktbetrieb wichtigsten zwei Senkelektanten (Nr. 1 u. 2), wie unter Lösung beschrieben, ausgetauscht.

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt unter dem Vorbehalt eines rechtskräftigen Haushaltes 2025 aus den konsumtiven Haushaltsmitteln des Amtes für Straßen- und Brückenbau bei der Haushaltsstelle 6651/517 07 „Bewirtschaftung und Unterhaltung Innenstadt“.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

8. Vorlagen des Dezernates VII

Keine.

9. Vorlagen des Dezernats IX

Keine.

10. Verschiedenes

10.1. Anträge

Es liegen keine schriftlichen Anträge vor.

10.2. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

10.3. Mitteilungen

10.3.1. Sachstandsbericht des Bauordnungsamtes zum Thema Problemimmobilien

VI 11/2025

Wortmeldungen: STR Schomaker, STV Kocaaga, Kaminiarz, Herr Geywitz, Herr Schulz.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den als Anlage beigefügten Sachstandsbericht (Stand 27.01.2025) des Bauordnungsamtes zum Thema Problemimmobilien zur Kenntnis.

10.3.2. Sachstandsmitteilung des Umweltschutzamtes zum Antrag der SPD-, CDU-, FDP-Fraktion zum Thema: Nachhaltige Energie für Bremerhaven (Vorlage Nr. VI 32/2024)

VI 9/2025

Wortmeldungen: Keine.

Der Bau- und Umweltausschuss nimmt den als Anlage beigefügten Beschluss des Magistrats zur Kenntnis.

10.3.3. Städtisches Energiekonzept zur Steuerung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Außenbereich der Seestadt Bremerhaven – Version 1.1
Anzeige von Anpassungen im Konzept

Frau Kountchev, Leiterin des Stadtplanungsamtes, teilt mit:

Im Städtischen Energiekonzept zur Steuerung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen im Außenbereich der Seestadt Bremerhaven wurden in der Karte Inhalte aus der Flächennutzungsplanung sowie der Ergebniskarte Anpassungen in den Darstellungen vorgenommen. Dabei wurden die geplanten Umrisse der 16. Änderung des Flächennutzungsplanes „Sachlicher Teilflächennutzungsplan Windkraft“ entsprechend dem Auslegungsbeschluss aktualisiert und in die kartographischen Darstellungen eingepflegt. Textlich sind keine Anpassungen notwendig.

10.3.4. Öffentlichkeitsbeteiligung zum Entwurf des Lärmaktionsplanes

Frau Kountchev setzt den Bau- und Umweltausschuss darüber in Kenntnis, dass vom 10.02.2025 bis einschließlich 28.02.2025 die Öffentlichkeitsbeteiligung zum Entwurf des fortgeschriebenen Lärmaktionsplans stattfindet. Der Entwurf ist online und im Stadtplanungsamt einsehbar. Dort sind jeweils auch Stellungnahmen und Einwendungen möglich. Die in der 1. Beteiligungsphase eingegangenen Stellungnahmen wurden dem Beschluss des Bau- und Umweltausschusses zur Vorlage Nr. II 11/2024 in seiner Sitzung vom 07.11.2024 entsprechend berücksichtigt.

Wie in der Vorlage Nr. II 11/2024 beschrieben, werden die Ergebnisse der 2. Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung anschließend ausgewertet und ggf. eingearbeitet. Die Beteiligungsergebnisse und der (angepasste) Entwurf werden dem Bau- und Umweltausschuss vorgestellt und zur Entscheidung vorgelegt.

Vorsitzender Dezernat II	Vorsitzender Dezernat VI	Vorsitzende Dezernat V	Vorsitzende Dezernat VII	Vorsitzender Dezernat IX
gez.	gez.	gez.	gez.	gez.
Neuhoff Bürgermeister	Schomaker Stadtrat	Toense Stadträtin	Kathe-Heppner Stadträtin	Busch Stadtrat
Schriftführerin				
gez.				
Braun Verwaltungsfachwirtin				